



Nr. 21

29. Mai 2013

Inhalt

[Diskussion über Migrantquote – dbb fordert qualifizierte Integrationsstrategie für öffentlichen Dienst+++](#)
[dbb Bundeshauptvorstand in Dresden – Dauderstädt: Öffentlicher Dienst muss Zukunft haben+++](#)
[dbb Innovationspreis 2013: 50.000 Euro-Award für Verwaltungsmodernisierung wird in Leipzig verliehen+++](#)
[dbb bundesfrauenvertretung: Elterngeld für Väter attraktiver gestalten+++](#)
[dbb jugend: Gesellschaft muss sich im öffentlichen Dienst wiederfinden+++](#)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[dbb hamburg kritisiert Senat – Zu viele Anfragen legen Verwaltung lahm+++](#)
[BBW lobt SPD für Kehrtwende bei Lehrerausbildung+++](#)
[DSTG für Amnestie bei Altfällen von Steuerhinterziehung+++](#)
[DPVKOM: Deutsche Post handelt verantwortungslos+++](#)
[DPoIG: Hasspredigern Staatsbürgerschaft entziehen+++](#)
[Integration – VBE fordert nachhaltige Finanzierung+++](#)
[BLBS sieht beim Beschluss zum Qualifikationsrahmen Chancen verpasst+++](#)

[Namen und Nachrichten+++](#)

aktuell

Diskussion über Migrantenquote – dbb fordert qualifizierte Integrationsstrategie für öffentlichen Dienst

(dbb) Der dbb fordert eine qualifizierte Integrationsstrategie für den öffentlichen Dienst. „Eine starre Migrantenquote, wie sie aktuell diskutiert wird, würde dem verfassungsrechtlich verankerten Grundsatz, dass öffentliche Ämter nur bei entsprechender Eignung, Befähigung und Leistung übernommen werden dürfen, nicht gerecht“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 28. Mai 2013 dem Mitteldeutschen Rundfunk (mdr-info) in Dresden.

Gleichwohl sei unstrittig, dass die Sichtbarkeit von Menschen mit anderen kulturellen Hintergründen in der öffentlichen Verwaltung erhöht werden müsse, so Dauderstädt. „Gerade dort, wo der Staat über seine Beschäftigten unmittelbar mit Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt tritt, ist es sinnvoll, den Anteil der Bediensteten mit Migrationshintergrund angemessen zu erhöhen“, sagte der dbb Chef und nannte als Beispiele neben der Kommunalverwaltung den Sicherheits- und Bildungssektor, den öffentlichen Gesundheitsdienst und die Sozialverwaltung. „Aus unserer Sicht ist es ein Qualitätsmerkmal des öffentlichen Dienstes, dass sich die Gesellschaft, der er tagtäglich gegenübertritt, in ihm wiederfindet“, betonte Dauderstädt. „Wenn wir dieses Qualitätsmerkmal der interkulturellen Kompetenz ausgestalten und erhalten wollen, brauchen wir eine qualifizierte Integrationsstrategie für Verwaltungen und Behörden.“

Personellen Handlungsbedarf im Zusammenhang mit Migranten sieht der dbb Bundesvorsitzende zudem vor dem Hintergrund des demografischen Wandels: „Wir müssen im öffentlichen Dienst in den kommenden Jahren mehr als 700.000 Stellen neu besetzen, schon jetzt fehlen insbesondere in technischen Schlüsselbereichen massiv Fachkräfte. Wer in einer solchen Situation nicht alle zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen prüft und versucht zu erschließen, setzt die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes aufs Spiel“, sagte Dauderstädt und sicherte Politik und Personalverantwortlichen die nachhaltige Unterstützung des gewerkschaftlichen Dachverbandes bei der Entwicklung entsprechender Integrationskonzepte zu.

(01/21/13)

dbb Bundeshauptvorstand in Dresden – Dauderstädt: Öffentlicher Dienst muss Zukunft haben

(dbb) Angesichts der großen Herausforderungen, die Deutschlands öffentlicher Dienst in den kommenden Jahren bewältigen muss, hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt bei Gesetzgebern und Dienstherrn klare Grundsatzentscheidungen angemahnt. Wenn der öffentliche Dienst Zukunft haben soll, müssten seine Funktions- und Leistungsfähigkeit entsprechend gestärkt werden, sagte der dbb Chef am 27. Mai 2013 vor dem dbb Bundeshauptvorstand in Dresden.

„Die Altschuldenproblematik und Schuldenbremsen in den öffentlichen Haushalten, die demografische Entwicklung und der chronische Nachwuchsmangel und die Zersplitterung des Beamten- und Besoldungsrechts infolge der Föderalismusreform stellen den öffentlichen Dienst und seine Beschäftigten schon heute vor eine Zerreißprobe, die ohne entschiedenes Gegensteuern nicht zu bestehen sein wird“, warnte Dauderstädt. Wer auch morgen noch verlässliche öffentliche Dienstleistungen und ein darauf fußendes intaktes Gemeinwesen in

Deutschland haben wolle, müsse die entsprechende Infrastruktur in Verwaltungen und Behörden zukunftsfest machen. „Dazu gehören neben einer Rückabwicklung der Föderalisierung des Beamtenrechts anständige, faire und gerechte Einkommensbedingungen und Beschäftigungsperspektiven ebenso wie eine aufgabengerechte Personalausstattung“, betonte der dbb Bundesvorsitzende.

Dauderstädt kritisierte zudem eine „in Teilen fehlgeleitete mediale und politische Debatte

über den öffentlichen Dienst“, bei der mit Blick auf die unabhängige Beamtenversorgung und die Beihilfe anstelle von Sachargumenten eine „emotionale Gleichbehandlungsrhetorik ins Feld geführt wird“. Der dbb Chef kündigte an, dass der gewerkschaftliche Dachverband in dieser Diskussion weiterhin die berechtigten Interessen der Beamtinnen und Beamten vertreten werde: „Die Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung für die Beamten hat Verfassungsrang“, unterstrich Dauderstädt.

Beschlossen wurde in der Sitzung unter anderem die Satzung der neuen dbb Bundessenio-

renvertretung. Damit kann am 18./19. November 2013 in Berlin der Bundesseniorenkongress stattfinden, dem die Wahl der Geschäftsführung der Bundesseniorenvertretung obliegt.

Der dbb Bundeshauptvorstand ist mit seinen rund 120 Mitgliedern nach dem alle fünf Jahre stattfindenden dbb Gewerkschaftstag das wichtigste Gremium des dbb beamtenbund und tarifunion. Damit tagt in Dresden am 27./28. Mai 2013 die gesamte Spitze der über 40 Fachgewerkschaften und 16 Landesbünde des dbb.
(02/21/13)

dbb Innovationspreis 2013: 50.000 Euro-Award für Verwaltungsmodernisierung wird in Leipzig verliehen

(dbb) Unter dem Motto „Öffentlicher Dienst: Ideen für alle“ verleiht der dbb beamtenbund und tarifunion am 5. Juni 2013 im Rahmen des Kongresses „neueVerwaltung“ in Leipzig seinen diesjährigen Innovationspreis. Die Auszeichnung, die mit 50.000 Euro Preisgeld zu den höchst dotierten Awards im deutschsprachigen Raum zählt, wird für besondere Innovationen aus dem öffentlichen Dienst verliehen.

„Tag für Tag und rund um die Uhr sorgt Deutschlands öffentlicher Dienst dafür, dass unser Gemeinwesen funktioniert. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, muss der öffentliche Dienst fit sein für die Herausforderungen von morgen. Er muss mit seinen Aufgaben wachsen - modern, innovativ und kreativ. Diesen Part schultern die Menschen, die im öffentlichen Dienst arbeiten, ihn organisieren und praktizieren. Sie stecken voller guter Ideen. Mit dem Innovationspreis, der in diesem Jahr zum dritten Mal verliehen wird, wollen wir solchen Einfallsreichtum fördern - damit gute Beispiele

Schule machen“, so der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt, der den Award in Leipzig feierlich überreichen wird.

Die Preisträger 2013 stehen bereits fest: Die mit Experten aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Verbänden hochkarätig besetzte Jury hat ihre Bestenauslese aus den knapp 100 Einsendungen getroffen und neben dem Haupt- auch einen mit 5.000 Euro dotierten Sonderpreis vergeben.
(03/21/13)

dbb bundesfrauenvertretung: Elterngeld für Väter attraktiver gestalten

(dbb) Immer mehr Väter beziehen Elterngeld. Das geht aus den aktuellen Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) hervor. Danach waren 27,3 Prozent der Elterngeldbezieher männlich. Damit ist die Zahl der Väter in Elternzeit gegenüber dem Vorjahr noch einmal deutlich um weitere zwei Prozentpunkte angestiegen.

Dies sei ohne Frage „ein wichtiger Indikator“ dafür, dass sich Väter stärker an der familiären Pflichten beteiligen wollen und dies auch tun, sagte Helene Wildfeuer, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung am 27. Mai 2013. Sie gab jedoch zu bedenken, dass Elterngeld im Wesentlichen von Frauen in Anspruch genommen werde. „Wir dürfen nicht vergessen, dass

es noch immer 95 Prozent der Mütter sind, die die Lohnersatzleistung beziehen. Damit bleibt das Elterngeld auch sieben Jahre nach seiner Einführung das wichtigste familienpolitische Instrument, das vor allem Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert“, so die Vorsitzende.

Um eine tatsächlich gleichberechtigte Aufteilung von familiären und beruflichen Pflichten von Vätern und Müttern zu ermöglichen, forderte Wildfeuer nun eine konsequente Fortentwicklung des Elterngeldmodells. „Teilzeitelterngeld und eine flexiblere Aufteilung der Elterngeldmonate müssen dringend wieder auf die familienpolitische Agenda. Aber auch bes-

sere Verdienstmöglichkeiten für Frauen und eine familienfreundlichere Arbeitswelt sind unausweichliche Voraussetzungen für eine gerechtere Verteilung von Familien- und Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen“, so Wildfeuer.
(04/21/13)

dbb jugend: Gesellschaft muss sich im öffentlichen Dienst wiederfinden

(dbb) Anlässlich des sechsten Integrationsgipfels der Bundesregierung hat die dbb jugend-Vorsitzende Sandra Kothe die Beschäftigung von mehr Menschen mit Zuwanderungshintergrund im öffentlichen Dienst gefordert. „Aktuelle Zahlen der OECD belegen, dass der öffentliche Dienst in Sachen Migrantenschäftigung weiterhin den Schlussplatz unter den OECD-Ländern einnimmt“, kritisierte Kothe am 28. Mai 2013 in Berlin.

„Während beispielsweise immerhin 24 Prozent aller Auszubildenden in Deutschland Einwanderer sind, kommen sie im öffentlichen Dienst nur auf knapp drei Prozent. Das sind Zahlen, die wachrütteln sollten, insbesondere in Zeiten des demografischen Wandels mit dem absehbaren Rückgang an Arbeitskräften, angesichts dessen Deutschland künftig ohnehin stärker als je zuvor auf sein Zuwandererpotenzial bauen muss“, mahnte Kothe. Gleichzeitig wies sie darauf hin, dass sich die Gesellschaft im öf-

fentlichen Dienst wiederfinden müsse: „Wenn durchschnittlich mehr als 20 Prozent der Bevölkerung einen anderen kulturellen Hintergrund haben, muss sich das auch in der öffentlichen Verwaltung, die allen Bürgerinnen und Bürgern tagtäglich gegenüber tritt, widerspiegeln.“ Sie verwies auf die skandinavischen Länder, wo der öffentliche Dienst geradezu als Motor für die Integration angesehen werde.
(05/21/13)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

dbb hamburg kritisiert Senat – Zu viele Anfragen legen Verwaltung lahm

(dbb) Die Anzahl insbesondere der so genannten Kleinen Anfragen der in der Hamburgischen Bürgerschaft vertretenen Parteien an den Senat hat sich seit 2001 nahezu verdreifacht. Waren es in den Jahren von 2001 bis 2004 noch rund 2.400 Anfragen, so stieg die Zahl inzwischen exorbitant an.

Zur Halbzeit der jetzigen Wahlperiode sind es bereits rund 7.500 Anfragen, die die Behörden abgearbeitet haben, wie der dbb hamburg am 24. Mai 2013 mitteilte. Bis zum Ende der Wahlperiode rechnet man mit weit über 10.000 Anfragen; das wäre dann eine Steigerung um 400 Prozent.

„Es ist selbstverständlich verbrieftes Recht aller Bürgerschaftsabgeordneten - und hier besonders der jeweiligen Oppositionsfraktionen -, vom Senat den Sachstand zu allen Regie-

rungsvorhaben zu hinterfragen“, erklärte der dbb Landesvorsitzende Rudolf Klüver. Insbesondere mit der Beantwortung Kleiner Anfragen würden aber „ganz erhebliche Personalressourcen gebunden“. Pro Arbeitstag müssten in der Verwaltung circa 20 Kleine Anfragen beantwortet werden. Dies binde die Verwaltung in einem nicht mehr hinzunehmenden Maße. „Die Verwaltung sollte sich mehr mit der Umsetzung der politischen Vorgaben beschäftigen“, mahnte der dbb Landeschef.
(06/21/13)

BBW lobt SPD für Kehrtwende bei Lehrerausbildung

(dbb) Der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) hat die „Kehrtwende“ des Vorsitzenden der SPD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag Claus Schmiedel in Sachen Bildungspolitik begrüßt.

Mit seiner aktuellen Positionierung, wonach er die Kernzüge der spezifischen Lehrerausbildung weder beim Gymnasial- noch beim Sonderschullehrer aufgeben will, liege er ganz auf Linie des BBW und seiner Lehrerverbände, erklärte BBW-Chef Volker Stich am 26. Mai 2013. Zugleich kritisierte Stich, der auch dbb Vize ist, aber den „rüden Umgangston“ Schmiedels in der Debatte.

Die abwertende Ausdruckweise des SPD-Politikers hatte in den vergangenen Tagen bereits die Lehrerverbände im BBW auf den Plan gerufen. „Zu Recht“, wie Stich kommentierte. Der BBW unterstütze die Positionen und Forderungen der BBW-Lehrerverbände, auch und gerade in der Kritik an der Gemeinschaftsschule wie auch an der geplanten Einebnung der Lehrerausbildung.
(07/21/13)

DSTG für Amnestie bei Altfällen von Steuerhinterziehung

(dbb) Wegen des geplanten Endes des Bankgeheimnisses in der EU fordert die Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG) eine Amnestie für Altfälle von Steuerhinterziehung. „Ohne Straffreiheit für Steuerbetrüger kann man das nicht machen“, sagte der DSTG-Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler der „Welt am Sonntag“ (Ausgabe vom 26. Mai 2013).

„Wenn die deutschen Finanzbehörden alle Altfälle nachverfolgen müssten, bräche das System zusammen. Das kann der Fiskus nicht leisten.“ Während FDP und SPD Zustimmung zu einer Amnestie signalisierten, lehnten die Grünen die Pläne rundweg ab.

Eigenthaler betonte, am Ende dürfe allerdings der Ehrliche nicht wieder der Dumme sein: „Straffreiheit ja, aber sie muss teuer sein.“ Für

realistisch halte er deshalb eine pauschale Steuer auf das im Ausland liegende Vermögen. Der Steuersatz müsse über jenem liegen, der im gescheiterten Abkommen mit der Schweiz ausgehandelt worden war. Damals hatten sich die Regierungen in Bern und Berlin auf pauschale Steuersätze zwischen 21 und 41 Prozent geeinigt.
(08/21/13)

DPVKOM: Deutsche Post handelt verantwortungslos

(dbb) „Die Deutsche Post beschäftigt viele sogenannte Abrufkräfte unter anderem deshalb befristet und als geringfügig Beschäftigte auf 450-Euro-Basis, um Sozialversicherungsbeiträge zu sparen. Das ist gesamtgesellschaftlich verantwortungslos und unanständig.“ Mit diesen Worten kritisiert der Vorsitzende der Kommunikationsgewerkschaft DPV (DPVKOM), Volker Geyer, die Einstellungspraxis bei Abrufkräften im Unternehmen Deutsche Post, über die auch die „Süddeutsche Zeitung“ (Ausgabe vom 27. Mai 2013) berichtet hatte.

Hintergrund der Berichterstattung ist die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Abrufkräfte bei der Deutschen Post AG“. Daraus geht unter anderem hervor, dass im vergangenen Jahr insgesamt rund 9.000 Abrufkräfte eingestellt wurden, und zwar überwiegend befristet. Normalerweise sollen

Abrufkräfte im Unternehmen Deutsche Post insbesondere dann zum Einsatz kommen, wenn unvorhersehbare Auftragsspitzen erledigt werden müssen oder Mitarbeiter plötzlich erkranken und ausfallen.

Die Realität im Unternehmen sieht jedoch so aus, dass die Deutsche Post zunehmend dazu

übergeht, Teilzeitarbeitsverhältnisse zu beenden und dieselben Teilzeitbeschäftigten dann anschließend als Abrufkräfte auf geringfügiger und befristeter Basis weiter zu beschäftigen. Je nach Häufigkeit der Arbeitseinsätze muss das Unternehmen dann dafür gar keine Sozialversicherungsbeiträge oder nur eine Pauschale entrichten. Geyer: „Für das Unternehmen ist das natürlich ein lukratives Geschäft.“ Leidtragende dieser Strategie seien die Beschäftigten,

weil sie keine Planungssicherheit und kein gesichertes Einkommen haben. „Wir fordern die Deutsche Post auf, sozialversicherungs-pflichtige Arbeitsplätze zu schaffen und Abrufkräfte nur zur Abarbeitung von Auftragsspitzen einzusetzen. Abrufkräfte, die immer wieder beschäftigt werden, müssen unbefristet in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden“, so Geyer.
(09/21/12)

DPoIG: Hasspredigern Staatsbürgerschaft entziehen

(dbb) Nach der tödlichen Attacke auf einen Soldaten in London hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) vor Nachahmern in Deutschland gewarnt und gefordert, härter gegen Islamisten vorzugehen.

DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt äußerte sich vor allem besorgt darüber, dass einer der beiden Attentäter sich offenbar durch den Einfluss von Hasspredigern über Jahre radikalisiert hat. Um Ähnliches in Deutschland zu verhindern, forderte Wendt die Möglichkeit, islamistischen Extremisten die Staatsbürgerschaft zu entziehen. „Es wird höchste Zeit, dass diese Leute rascher als bisher ausgewiesen werden können und die Länder entsprechende Verfügungen auch umsetzen“, sagte Wendt am 27. Mai 2013 „Handelsblatt Online“.

„Erstens muss man bei der Vergabe der Staatsbürgerschaft künftig besser und genauer hinschauen und zweitens darf dies keine Einladung zum Aufruf von Terror sein, sondern muss notfalls rasch wieder entzogen werden können“, sagte Wendt. Der Polizeigewerk-

schafter hält eine entsprechende Gesetzesverschärfung für überfällig: Die Innenminister der Länder dürften sich jetzt „nicht erst bis Jahresende Zeit lassen“, um den „sinnvollen Vorschlag“ von Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich zu diskutieren. Notfalls müssten sie zu einer Sondersitzung zusammen kommen. Friedrich habe mit seinem Vorstoß „alle Unterstützung verdient“, betonte Wendt.

Er begründete seine Forderung auch damit, dass ein Anschlag radikalierter Täter wie der in London auch in Deutschland jederzeit möglich sei. „Es besteht auch die Gefahr von Nachahmern, zumal die Bundeswehr in Deutschland ein hohes gesellschaftliches Ansehen hat“, sagte Wendt.
(10/21/13)

Integration – VBE fordert nachhaltige Finanzierung

(dbb) Aus Anlass des 6. Integrationsgipfels am 28. Mai 2013 im Bundeskanzleramt hat VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann erneut das Kooperationsverbot von Bund und Ländern im Bildungsbereich kritisiert. „Mit Hilfe des Nationalen Aktionsplans ist in Sachen Integration eine ganze Menge angestoßen worden, klar wird aber auch hier, wie nachteilig sich das Kooperationsverbot auswirkt“, sagte der Vorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung.

Beckmann weiter: „Der Ausbau des Ganztags in allen Schulstufen ist ein wichtiger Schritt, die Lernbedingungen insbesondere auch für Kinder aus Migrantenfamilien zu verbessern. Doch seit das gemeinsame Ganztagschulprogramm Ende 2009 auslief, ist spürbar die Luft raus und häufig geht es nur um Bestandssicherung der Ganztagschulen. Es muss endlich ein

Ganztagschulprogramm II her, damit wieder Fahrt aufgenommen werden kann.“ Das Kooperationsverbot habe zur Folge, so Beckmann, dass der Bund nur über eine Stiftung Gelder zur Entwicklung von Ganztagschulen bereitstelle.
(11/21/13)

BLBS sieht beim Beschluss zum Qualifikationsrahmen Chancen verpasst

(dbb) Der Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen (BLBS) hat den von Bund und Ländern unterzeichneten gemeinsamen Beschluss zur Einführung des Deutschen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen (DQR) grundsätzlich begrüßt. Dadurch wird die Grundlage geschaffen, schrittweise ab dem Sommer 2013 die erworbenen Qualifikationen dem jeweiligen DQR-Niveau zuzuordnen, erklärte der BLBS am 24. Mai 2013.

Allerdings hatte die Bundesregierung stets betont, einen bildungsbereichsübergreifenden DQR schaffen zu wollen. „Leider ist durch die Ausklammerung der allgemein bildenden Abschlüsse eine große Chance verpasst worden, die Gleichwertigkeit von Allgemeinbildung und Berufsbildung nachlesbar zu dokumentieren“, so der BLBS. „Es bleiben noch viele Fragen offen, die die berufsbildenden Schulen betreffen.“ Zu wünschen sei, dass diese von den

Expertenkommissionen im Sinne des BLBS beantwortet werden.

Der BLBS fordert deshalb unter anderem, dass eine unabhängige nationale Koordinierungsstelle geschaffen wird, die die Qualifikationen in die Niveaustufen des DQR zuordnet und dass die Abschlüsse der Berufsfachschulen schnell zugeordnet werden.
(12/21/13)

Namen und Nachrichten

(dbb) Im Rahmen der Sitzung des dbb-Bundeshauptvorstands in Dresden am 27. und 28. Mai 2013 besuchte als Vertreter der sächsischen Staatsregierung der Dresdner Finanzminister Georg Unland die Bundeshauptvorstands-Sitzung des dbb. Seine Ausführungen zur möglichen Übertragung des Tarifergebnisses auf den Beamtenbereich blieben vage. Mit Blick auf die anstehenden Tarifthemen zwischen der sächsischen Staatsregierung und dem dbb nutzte **Willi Russ**, Fachvorstand Tarifpolitik des dbb, die Gelegenheit, Unland zu verdeutlichen, dass im Ergebnis der zahlreichen Experten- und Spitzengespräche zeitnah klar sein müsse, ob die sächsische Staatsregierung in der Lage sei, zu drängenden Themen wie Entgeltordnung oder Demografie in verbindliche Tarifverhandlungen einzutreten. Von seinem Besuch beim dbb konnte Unland die Erkenntnis mitnehmen, dass die Geduld der Beschäftigten dem Ende zugeht.

Die Bundesleitung des **dbb** hat die Bundesgeschäftsstelle gebeten, eine Übersicht über die Ergebnisse der Personalratswahlen auf Bundes- und Landesebene im Jahr 2012 zu erstellen. Das betrifft neben den PR-Wahlen auf Bundesebene die Länder Berlin, Bremen, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Die Übersicht soll auch den Mitgliedsgewerkschaften zur Verfügung gestellt werden. Alle beteiligten Mitgliedsgewerkschaften sind gebeten, die Ergebnisse der Personalratswahlen bis

zum 31. Juli 2013 mitzuteilen. Dazu ist ein Formular auf der Homepage des dbb unter „Themen – Mitbestimmung“ verfügbar, das dann direkt online an den dbb versandt werden kann. Die Ergebnisse sollen nicht nur zur gesicherten Einschätzung der dbb-Repräsentanz in den Personalvertretungen, sondern vor allem auch als Grundlage dafür genutzt werden, die Unterstützungsleistungen des dbb für Personalräte aus dbb Mitgliedsgewerkschaften noch praxisnäher zu gestalten.

Arbeitslose können den Fachkräftemangel in der Kinderbetreuung nur geringfügig mindern. Dies geht aus einer aktuellen Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg zur Qualifizierung von SGB-II-Empfängern hervor. Die dbb bundesfrauenvertretung drängt darauf, die Ergebnisse der Studie ernst zu nehmen und bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels auf qualifizierte Betreuungskräfte zu setzen. „Eine geringfügige Beschäftigung von unterqualifizierten Arbeitskräften in Betreuungseinrichtungen ist ein Affront gegenüber all jenen, die diesen verantwortungsvollen Beruf gewählt und die dreijährige Ausbildung auf sich genommen haben“, machte **Helene Wildfeuer**, Vorsitzende der dbb bundesfrauenvertretung, am 16. Mai 2013 deutlich. Mit Blick auf den hohen Anteil an Frauen im Berufszweig „Erziehung und Bildung“ des öffentlichen Sektors, sagte sie: „Hier sind die Verdienstunterschiede zwi-

schen Männern und Frauen besonders gravierend und werden durch solche Notfalllösungen zusätzlich verstärkt.“ Dem müsse die Bundesregierung einen Riegel vorschieben.

Der BBW – Beamtenbund Tarifunion (BBW) hat der grün-roten baden-württembergischen Landesregierung in der Auseinandersetzung um die parlamentarische Behandlung des Gesetzes zur Anpassung von Besoldung den Kampf angesagt: Sollten die Lesungstermine gegen den Widerstand der Opposition nach vorne geholt werden, dann werde sich der BBW nicht nur gegen die jüngsten Sparbeschlüsse wenden, kündigte BBW-Vorsitzender **Volker Stich** am 27. Mai 2013 an und versprach: „Dann wird es ein Protest generell gegen Grün-Rot.“ Für Stich, der auch dbb Vize ist, steht es außer Frage, dass Grün-Rot mit einer vorgezogenen Verabschiedung des Versorgungsanpassungsgesetzes versucht, die für den 29. Juni 2013 terminierte große Protestkundgebung des BBW zu unterlaufen.

Der Hamburger Senat hat am 28. Mai 2013 beschlossen, den Tarifabschluss vom März auf die Beamtinnen und Beamten sowie auf die Versorgungsempfänger zeit- und inhaltsgleich zu übertragen. „Das ist ein positives Signal für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Hamburg. Die verbeamtete Kollegenschaft kann endlich einmal durchatmen“, sagte der Landesvorsitzende des dbb hamburg, **Rudolf Klüver**, zu der Senatsentscheidung. „Wir haben allerdings die Kürzung bzw. Streichung der Sonderzuwendung aus dem Jahr 2011 nicht vergessen. Das ist nach wie vor ein ganz erheblicher Wermutstropfen. Nach dieser Kürzung bzw. Streichung der Sonderzahlung sind wir mit der jetzigen Übernahme des Tarifergebnisses Ende 2014 wieder auf dem Besoldungsniveau von 2012.“ Der dbb hamburg will jetzt auf ein schnelles Gesetzgebungsverfahren in der Bürgerschaft drängen, damit die Besoldungsanpassung die Beamtinnen und Beamten schnellstmöglich erreicht.

Vor dem Hintergrund des jüngsten Treffens der Deutschen Burschenschaft in Eisenach hat die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) eine stärkere Beobachtung dieser Gruppierung durch den Verfassungsschutz gefordert. Der erste stellvertretende Bundesvorsitzende **Hermann Benker** sagte am 24. Mai 2013: „Die derzeitige Diskussion in der Burschenschaft über die Einführung eines sogenannten ‚Ariernachweises‘ ist ein erschreckendes Beispiel für die ausgeprägten extremistischen und rassistischen Tendenzen in dieser Burschenschaft. Ganz klar werden hier völkische Ideologien propagiert, die in unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung nichts zu suchen haben.“ Es bestehe die Gefahr, dass sich die der rechten Burschenschaft zugehörigen Gruppierungen mit anderen Rechtsextremen zusammenschließen und eine unheilvolle Allianz bilden. Der Anspruch der Burschenschaftler, einer altehrwürdigen Gemeinschaft anzugehören und über einen akademischen Hintergrund zu verfügen, dürfe nicht über ihre in Teilen menschenverachtende Denkweise hinwegtäuschen. (13/21/13)